



Munich Personal RePEc Archive

Profit as rent: Some remarks about a pro-capitalist theory of development

Quaas, Georg

University of Leipzig

March 2014

Online at <https://mpra.ub.uni-muenchen.de/55912/>

MPRA Paper No. 55912, posted 13 May 2014 01:24 UTC

Profit als Rente. Anmerkungen zu einer pro-kapitalistischen Entwicklungstheorie

Georg Quaas
Universität Leipzig
im März 2014

Als „Global Keynesianism“ (GK) wird seit dem „Brandt-Report“ (Brandt-Commission 1980) die linke Gegenbewegung zum sog. „Neoliberalismus“ à la Thatcher und Reagan bezeichnet. Eine Übersicht über die Geschichte dieses Terminus¹ und die darunter subsumierten Positionen und Ziele gibt Köhler (1999). Demnach ist Hartmut Elsenhans einer der wenigen Autoren, die sich nicht nur ausdrücklich zum Keynesianismus bekennen, sondern in ihren Studien von einer Weltsystem-Sicht ausgehen. Darüber hinaus, so kann man hinzufügen, ist er wahrscheinlich der einzige an Arbeitnehmerinteressen orientierte Politikwissenschaftler, der vehement nicht für weniger, sondern für mehr Kapitalismus im globalen und nationalen Maßstab eintritt. Das macht seine Konzeption zu etwas Besonderem in der sonst unüberschaubaren Fülle sich meist kapitalismuskritisch gebender, arbeitnehmerfreundlicher Autoren. Mit Elsenhans (2001) liegt seit reichlich zehn Jahren eine zusammenfassende Darstellung seines Werkes vor, die – das ist die Annahme dieses Aufsatzes – die wichtigsten theoretischen Thesen politischer und ökonomischer Art enthält. Einige davon kann man in vielen anderen seiner zahlreichen Veröffentlichungen wiederfinden. Die eine oder andere These dürfte nach 2001 zwar präzisiert, aber nicht über Bord geworfen worden sein.¹ Zu den seit Jahrzehnten vorgetragenen Kernthesen zählen auch einige, die im engeren Sinne als „ökonomisch“ charakterisiert werden können, da sie Bestandteil des ökonomischen Diskurses auch jenseits entwicklungstheoretischer Anwendungen sind. Elsenhans selbst beklagt den Mangel an interdisziplinärer Analyse und wirft seinen politikwissenschaftlichen Kollegen ein „sehr oberflächliches Ökonomieverständnis“ vor (S. 3).² Dem sei hier ein Stück weit abgeholfen, indem einige jener Kernthesen herausgegriffen, interpretiert und wenn nötig auch kritisiert werden. Der folgende Text konzentriert sich dabei nahezu ausschließlich auf die ökonomische Argumentation des Autors.

Für den Politikwissenschaftler, der sich in diese Zeilen verirrt hat, sei eine Warnung vorangestellt: Der folgende Beitrag liest „sich wie eine Würdigung Elsenhans“³ und vermag „nur in letztlich unzulänglichem Umfang ... Pointen herauszuarbeiten, die die aktuelle Politikwissenschaft weiterbringen könnten.“ - Das ist jedenfalls das zusammenfassende Urteil der Redaktion der Politischen Vierteljahresschrift (PVS), mitgeteilt von den Redakteuren R. Schmalz-Bruns und H. Bursee am 9. Mai 2014. Ob sich in dieser Einschätzung das von Elsenhans gerügte „sehr oberflächliche Ökonomieverständnis“ niederschlägt, lasse ich dahingestellt. Wichtiger scheint mir die Frage, in welchem Zustand sich die „aktuelle Politikwissenschaft“ wohl befindet, wenn der Fakt, dass die ökonomische Begründung eines der bedeutendsten deutschen Beiträge zur internationalen Politikwissenschaft in Frage gestellt wird, für sie tatsächlich ohne Bedeutung sein sollte.

Die Verwobenheit ökonomischer Aspekte mit politikwissenschaftlichen Aussagen und Wertungen macht es erforderlich, zunächst noch einige Worte zur Einordnung voranzuschicken.

¹ Ob das für die im Folgenden ausgewählten Thesen zutrifft, würde einen Nachweis im Umfang eines weiteren Artikels erfordern. Aus diesem Grund überlasse ich einer eventuellen Replik den Gegenbeweis.

² Seitenangaben ohne weitere Angaben beziehen sich auf Elsenhans 2001. Die Rechtschreibung wurde stillschweigend angepasst.

1 Charakteristik des internationalen Staatensystems

Elsenhans beschreibt das internationale System als eines, das nur schwach kapitalistisch bzw. marktwirtschaftlich geprägt ist. „Das konkurrenzwirtschaftlich gefasste Modell der Transnationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen erklärt nicht, warum die kapitalistische Delokalisierung von Produktion zu schwach ist, um die Dominanz von Marktregulierungen auf Weltebene zu sichern.“ (S. 5) Letzteres sei das *ökonomische Ziel* des „globalen Keynesianismus“ in der Denkart des Autors. Das *politische Ziel* ist eine „zivilisierte Zivilgesellschaft“, die aufs engste mit der *kapitalistischen Marktwirtschaft* verbunden sei: „Ich definiere“, so der Autor, „autonome Zivilgesellschaft als *abhängig von funktionsfähiger kapitalistischer Marktwirtschaft*.“ (S. 15) Zum Verständnis dieser Thesen sind einige begriffliche Erläuterungen unumgänglich.

(i) Der Begriff der Zivilgesellschaft wird systemtheoretisch definiert als „jener gesellschaftliche Bereich zwischen Staat und Markt, in dem alle nichtstaatlichen Akteure in ihren nichtproduktiven Aktivitäten erfasst sind, wobei je nach ökonomischer Struktur von diesen ein unterschiedliches Verhältnis zu Markt und Staat eingegangen wird.“ (S. 212)

(ii) Auf dem Hintergrund dieser Definition von Zivilgesellschaft macht es Sinn, dem Bereich zwischen Staat und Markt unterschiedliche Grade von Autonomie und Zivilisiertheit³ zuzusprechen, die in der Theorie idealtypisch zu Klassifizierungen und Einteilungen in autonome und nicht-autonome sowie in zivilisierte und nicht-zivilisierte Zivilgesellschaften führen (S. 15 f., 103, 156).

(iii) Das erstrebenswerte politische Ziel ist die autonome, zivilisierte Zivilgesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage findet sie in einer funktionsfähigen *kapitalistischen Marktwirtschaft*.⁴

Die prokapitalistischen Thesen korrespondieren mit der Lageeinschätzung, wonach der momentane Zustand der Welt dadurch charakterisiert ist, dass sich die kapitalistische Marktwirtschaft nur teilweise durchgesetzt hat: „Das sich herausbildende internationale System ist deshalb durch miteinander verschränkte Strukturen von Markt- und Nichtmarktökonomie gekennzeichnet, die nur unter bestimmten Voraussetzungen synergetische Effekte in Richtung einer autonomen und zivilisierten Weltzivilgesellschaft entfalten werden.“ (S. 3)

Die zu verfolgende Handlungsstrategie ergibt sich aus den zu beseitigenden Funktionsstörungen, die die kapitalistische Marktwirtschaft durch die Nichtmarktökonomie erfährt und die sie an ihrer freien Entfaltung und Verbreitung hindern. Dazu sind die marktwirtschaftlichen Strukturen zunächst einmal als solche zu erkennen und von anderen abzugrenzen. Die *Nichtmarktökonomie* ist vor allem durch eines gekennzeichnet, nämlich dadurch, dass sie ökonomisch auf *Renten* basiert. Renten entstehen im kapitalistischen Produktionsprozess: „Sobald die Produktionskapazität schneller wächst als die Konsumtionskapazität, lässt sich der Fall nicht ausschließen, dass die Absatzerwartungen und damit die Investitionsneigung der Unternehmer zu niedrig sind, um die potentiellen finanziellen Überschüsse in produktive Investitionen zu verwandeln. Potentielle

³ Definitionen der Begriffe „Autonomie“ und „Zivilisiertheit“ findet man auf S. 29.

⁴ Dass es sich dabei um ein erstrebenswertes Ziel des Autors handelt, erschließt sich aus dem Kontext, in dem die Voraussetzungen untersucht werden, die gegeben oder geschaffen werden müssen, damit sich die Entwicklung des internationalen Systems in Richtung einer autonomen und zivilisierten Weltzivilgesellschaft bewegt.

Verfügbarkeit finanzieller Überschüsse, die auf vielfältigen Ebenen anfallen oder greifbar werden, wird bei gleichzeitig auftretenden sozialen Problemen (z.B. Arbeitslosigkeit) zur Tendenz führen, Institutionen der Nichtmarktökonomie zu instrumentalisieren oder gar aufzubauen, um Renten anzueignen, so dass neue rentenabhängige Strukturen entstehen.“ (S. 18f.)

Die Existenz Steuer eintreibender Staaten kann man unter einem bestimmten Blickwinkel als notwendiges Übel einschätzen (Quaas 2002). Die polit-ökonomische Klassifizierung der Staatseinnahmen und Staatsausgaben als Rente hat jedoch zur Konsequenz, das internationale Staatensystem unter einem etwas ungewohnten Blickwinkel zu betrachten: Es handelt sich, um es noch einmal zu betonen, mitnichten um ein kapitalistisches System, dessen politische Organisationsform, der Nationalstaat, Steuern erhebt: „...die politische Dimension des Prozesses von Aneignung und Allokation von Mehrprodukt lassen das entstehende internationale System als feudal erscheinen.“ (S. 198)

Genauer gesagt wäre das gegenwärtig existierende internationale Staatensystem als Mischform von dominant feudalen und unterlegenen kapitalistischen Strukturen zu charakterisieren.

„Vorherrschendes Charakteristikum des Systems ist die Rente, selbst wenn Profit weiterhin bleibt. Profit ist aber nicht stark genug, um die ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen entsprechend der oben beschriebenen Grundzüge zu vereinfachen und auf das Modell der sich selbst steuernden Wirtschaft der autonomen Zivilgesellschaft zuzuschneiden, die beide einen nur begrenzten Staat erlauben und erfordern.“ (S. 198 f.)

Für eine spätere Bezugnahme ist vorzumerken, dass das politische Ziel eines schlanken Staates nicht allzu fern liegen dürfte.

2 Ökonomische Kernthesen und Begriffe⁵

Zum ökonomischen Kern dieser entwicklungstheoretischen Konzeption gehören begriffliche Unterscheidungen und darauf aufbauende Thesen, die in den folgenden Abschnitten nacheinander abgehandelt werden sollen. Zentral sind: die Unterscheidung zwischen *Profit* und *Rente* (siehe 2.1) sowie die darauf aufbauende These, dass der *Profit an Nettoinvestitionen gebunden* ist, wobei in (2.2) der dogmengeschichtliche und systematische Hintergrund ergänzt wird, der zum Verständnis beider Punkte unverzichtbar ist; nicht minder wichtig ist (2.3) die *Grenzproduktivitätsthese*, die, mit dem Begriff der *Reproduktionskosten* gekoppelt (2.4), die von den ökonomischen Kernstrukturen bereits abgeleitete soziale Differenzierung in produktive Arbeiter und Marginale (2.5) ermöglicht. *Marginale* sind Menschen, die – entweder aufgrund der Umstände oder ihrer eigenen mehr oder weniger entwickelten Fähigkeiten – so wenig produktiv sind, dass sie ihre Reproduktionskosten nicht erwirtschaften können. Aus ökonomischer Sicht noch weniger zentral ist die Unterscheidung zwischen *Marginalen* und *Marginalisierten*, wobei die Frage im Raum steht, wovon letztere, als der unbeschäftigte Teil der Marginalen, überleben können (2.5). Hier kommt nicht nur die Rente ins Spiel, sondern auch der politisch-ökonomische Mechanismus ihrer Aneignung und Kanalisierung, insbesondere durch die moderne Massendemokratie (2.6). Damit es langfristig gelingt, die Rente so zu kanalisieren, dass sie Produktivität und Beschäftigung steigert, ist Massenkonsum eine notwendige Voraussetzung (2.7), um den Investoren eine Perspektive zu geben, die sich rechnet. Die These von der an *Knappheit gebundenen Verhandlungsmacht der*

⁵ Ich habe Friedrun Quaas und Richard Scholz vom Forschungsseminar „Politik und Wirtschaft“ Leipzig (www.forschungsseminar.de) für ihre kritischen und anregenden Hinweise zu danken.

Arbeit (2.4) erweitert die ökonomischen Kernthesen auf den Arbeitsmarkt, und die These von der *Transformation komparativer in absolute Kostenvorteile* (2.8) durch Manipulation des Wechselkurses als Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit nachholender Volkswirtschaften dient schließlich der Einbeziehung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere zwischen Zentrum und Peripherie, indem auf sehr spezielle Weise *Ricardos Modell der komparativen Kostenvorteile* herangezogen wird. Dieses Modell hält aber auch für die entwickelten Länder Konsequenzen bereit: Auf der Folie der komparativen Kostenvorteile wird ein Problem exportstarker, aber sich auf vermeintlich überholte Technologien stützender Volkswirtschaften identifiziert, der sog. „Dutch disease“ (2.9). Abschließend wird die Frage aufgeworfen, inwiefern diese Konzeption überhaupt „keynesianisch“ genannt werden kann, wenn doch anstelle des Akteurs „Staat“ eine Entität tritt, die man bestenfalls „Motor“ nennen kann: der Markt (2.10).

Darüber hinaus gibt es ökonomische Thesen, die teils weniger zentral für die hier diskutierte Entwicklungstheorie sind, teils ihrem Inhalt nach eine aufwändige empirische Analyse erfordern würden. Als Beispiele wären zu nennen: dass eine Stagnation der Binnennachfrage unter der Bedingung von Aufwertungen Deflation und Arbeitslosigkeit nach sich zieht (S. 55), dass die Kompensation eines Nachfrageverlustes durch Luxuskonsum die Aufgabe der Bedingung vollständiger Konkurrenz bedeutet (S. 55), dass die Verweigerung von Reallohnanpassungen bei steigender Beschäftigung in den Exportindustrien Inflation importiert (S. 58). Das Folgende fokussiert sich auf jene ökonomischen Thesen, die man in dem Sinn zum Kernbereich zählen darf, als wesentliche Aussagen und strategische Empfehlungen politikwissenschaftlicher Art unbegründet bleiben würden, wenn sie wegfielen.

2.1 Profit und Rente: Definition und theoretischer Hintergrund

Ein begrifflicher Stützpfeiler der Konzeption von Elsenhans auf dem Gebiet der Ökonomik besteht in der Unterscheidung zwischen kapitalistischem Profit und einer die Nicht-Marktökonomie speisenden Rente. Wer aber meint, hier käme neben den Faktoren Arbeit und Kapital *zwingend* der Faktor *Boden* ins Spiel, irrt: Rente kann es auch in einer nur Kapital und Arbeit nutzenden Volkswirtschaft geben. „Rente und Profit sind zwei unterschiedliche Formen von Mehrprodukt. Profit wird unter der Bedingung vollständiger Konkurrenz dadurch angeeignet, dass durch Investitionsausgaben von Unternehmen die für Konsumausgaben verwendeten Einkommen von Arbeit den Betrag der in der Konsumgüterproduktion (einschließlich der dafür benötigten Vorprodukte) bezahlten Arbeitseinkommen übersteigen, so dass die Konsumgüterhersteller ihre Produkte über ihren Gestehungskosten verkaufen können. Sie erzielen einen Profit. Ihre Profitrate ist positiv. Niemand wird Investitionsgüter herstellen, wenn hier keine vergleichbare Profitrate [wie in der Konsumgüterindustrie – G.Q.] erzielt wird. Die Preise für Investitionsgüter steigen entsprechend. Renten entstehen dagegen durch Marktunvollkommenheiten, z.B. Monopole. Sie verschwinden bei vollständiger Konkurrenz durch den Preisunterbietungswettbewerb neuer Anbieter. Ist die Zahl neuer Anbieter begrenzt, z.B. weil es zu wenig landwirtschaftliche Nutzfläche gibt oder die Zahl der produktiven Ölquellen begrenzt ist, bleiben Renten.“ (S. 211) Dass hier der Boden erwähnt wird, ist zwar eine Anspielung auf die klassische Rententheorie, aber entscheidend für die Existenz von Renten sind die erwähnten *Marktunvollkommenheiten*.

Elsenhans' Definition der Rente benutzt die Terminologie der ökonomischen Klassik (Rente und Profit als Formen des Mehrprodukts) und enthält einen klaren Bezug auf ein Zwei-Sektoren-Modell (Konsumgüter- und Investitionsgüterproduktion). Darauf stützt sich meine These, dass Elsenhans' Unterscheidung zwischen Profit und Rente ohne die Marx'schen

Reproduktionsschemata, die von ihm meines Wissens nach nicht verwendet werden, nicht adäquat zu verstehen ist, wobei er allerdings die Theorie des Mehrwerts und deren Konsequenzen nicht übernimmt. Während die moderne Makroökonomik Profit schlicht und einfach durch die Existenz eines Aufschlages erklärt, der aufgrund von Marktmacht durchgesetzt wird, egal ob unter der Bedingung der freien Konkurrenz oder unter monopolartig vermachteten Strukturen (Blanchard; Illing 2004, S. 192 ff.), greift Elsenhans nach eigenen Angaben auf Kalecki, Kregel und Robinson (S. 32) zurück, die aber ihrerseits nur auf jenem dogmengeschichtlichen Hintergrund zu verstehen sind.

Im Folgenden gehe ich von der Betrachtung einer Volkswirtschaft aus, die zwischen zwei Sektoren (von Marx „Abteilungen“ genannt) differenziert, und zwar zunächst dem Schema der einfachen Reproduktion (Marx 1893/1975, S. 394 ff.) folgend. Im ersten Sektor (Abteilung I) werden Produktionsmittel mit Hilfe von Produktionsmitteln (Investitionsgüter) und Arbeit hergestellt, während im zweiten Sektor (Abteilung II) Konsumtionsmittel (Lebensmittel) ebenfalls mit Hilfe von Produktionsmitteln und Arbeit produziert werden. Inwiefern das Modell realistisch ist, steht hier nicht zur Debatte. Es handelt sich um eines der historisch bedeutsamen Modelle, durch die die Volkswirtschaft als ein Kreislauf dargestellt wird, der sich reproduziert, und es dient hier dazu, Elsenhans' Unterscheidung zwischen Profit und Rente aufzuheben. Das ist erforderlich, weil von ihm gelieferte definitionsartige Aussagen unvollständig sind.

„Kapitalistischer Profit ist die Form von Überschuss, der auf Märkten bei vollständigem Wettbewerb angeeignet wird. Damit kapitalistische Unternehmer ihre Güter zu höheren Preisen als den Produktionskosten verkaufen können, sind Ausgaben für Nettoinvestitionen notwendig.“ (S. 32) Diese These ist unmittelbar nicht einsichtig. Warum reichen Ersatzinvestitionen nicht aus, um Profit entstehen zu lassen? Das Fragezeichen wird noch einmal verschärft, wenn apodiktisch behauptet wird: „Eine positive Profitrate ist nur möglich, wenn Geld für Nettoinvestitionen ausgegeben wurde.“ (S. 32) Käme hier ein Hinweis auf Schumpeter, so könnte man dahinter die Theorie des Pionier-Unternehmers vermuten. Stattdessen gibt es aber den hilfreichen Hinweis auf die Strukturierung der Volkswirtschaft in zwei Sektoren.

Die These von der Notwendigkeit der Nettoinvestition kann logisch korrekt aus dem Schema der einfachen Reproduktion abgeleitet werden, wenn man außerdem „das übliche Zweiklassenmodell von Kapitalismus mit Unternehmern“ heranzieht, „die keine Konsumausgaben tätigen, und Arbeitern, die ihr gesamtes Lohneinkommen für Konsumgüter ausgeben und nicht sparen...“ (S. 32) Betrachtet man dieses „Zweiklassenmodell“ jedoch als unrealistisch und zieht allein die Marx'schen Reproduktionsschemata heran, erkennt man schnell, dass jene These im Allgemeinen falsch ist. Mit ihnen ist deshalb der theoretische Hintergrund gegeben, auf dem die These, dass Profit Nettoinvestitionen voraussetzt, geprüft und entschieden werden kann. Zunächst zeige ich mit dem Schema I, dass Profit auch ohne Nettoinvestition möglich ist. In einem zweiten Schritt wird das eben erwähnte Zweiklassenmodell herangezogen und im Schema II verankert. Dadurch wird klar, wie man bei entsprechender Definition des Profitbegriffes jene These analytisch wahr machen kann.

Das jährliche Gesamtwarenprodukt einer geschlossenen Volkswirtschaft, die sich einfach reproduziert, stellt Marx wie folgt dar:

Schema I:

I. $4000\ c + 1000\ v + 1000\ m = 6000$ Produktionsmittel

II. $2000\ c + 500\ v + 500\ m = 3000$ Konsumtionsmittel

Dabei bedeuten die Buchstaben c das konstantes Kapital, das in den modernen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen differenzierter erfasst wird, nämlich durch die Begriffe „Vorleistungen“ und „Abschreibungen“ (Quaas 2005); v bedeutet das variable Kapital (die Arbeitsentgelte in neuerer Terminologie, vorausgesetzt, sie decken die Reproduktionskosten) und m ist das Symbol für den Mehrwert, der in der Ökonomik als Faktoreinkommen des Kapitals gilt.

Von den Produktionsmitteln im Wert von 6000 wird (in der nächsten Produktionsperiode, versteht sich) ein Teil, nämlich Produktionsmittel im Wert von 4000, in der Abteilung I (der Investitionsgüterindustrie) verwendet. Dieser Prozess gibt keinen Anlass für einen intersektoralen Austausch. Der Überschuss der Abteilung I in Höhe von 2000 Werteinheiten muss an die Akteure der Abteilung II (der Lebensmittelindustrie) verkauft werden.

Von den Konsumtionsmitteln im Wert von 3000 verbrauchen die Arbeiter und Kapitalisten der Abteilung II Konsumtionsmittel im Wert von $1000 = 500 v + 500 m$. Die restlichen Konsumtionsmittel im Wert von 2000 werden an die Abteilung I verkauft. Da trifft es sich gut, dass diese Abteilung gerade Produktionsmittel ebenfalls im Wert von 2000 zu verkaufen hat, so dass die folgende *Gleichgewichtsbedingung* einfacher Reproduktion erfüllt ist:

$$I (v + m) = II c.$$

Das ist die Bedingung eines wertgleichen Tausches zwischen den beiden Abteilungen. Für das weitere Schicksal der Lebensmittel wird von Marx unterstellt, dass nicht nur alle Löhne (das „variable Kapital“), sondern auch der „Mehrwert unproduktiv konsumiert wird“ (Marx 1893/1975, S. 396). *Wie man sieht, ist Profit möglich, obwohl in diesem Schema keine Nettoinvestitionen, sondern lediglich Ersatzinvestitionen getätigt werden.*

Geht man nun jedoch davon aus, dass Kapitalisten nur investieren und nicht konsumieren, muss das obige Schema abgeändert werden. Insbesondere wird der Mehrwert nun nicht mehr konsumiert, sondern investiert, und zwar in beiden Abteilungen.⁶ Die Abteilung II bekommt nun nicht nur den Ersatz für die verbrauchten Produktionsmittel in Höhe von 2000, sondern zusätzliche Investitionsgüter im Werte von 500. In Abteilung I werden nicht nur Produktionsmittel im Wert von 4000 reinvestiert, sondern zusätzliche Produktionsmittel im Wert von 1000. Bei einem produktionstechnisch bedingten Bedarf von Produktionsmitteln im Wert von 2500 in Abteilung II und einen Bedarf von Lebensmittel im Wert von 1000 in Abteilung I ist die Bedingung der wertmäßigen Äquivalenz getauschter Güter (die intersektorale Gleichgewichtsbedingung) verletzt. Um dieser Bedingung und den technologischen Erfordernissen zu genügen, müsste die Abteilung I um den Faktor 2,5 größer sein:

Schema II:

I. $10.000 c + 2.500 v + 2.500 m = 15.000$ Produktionsmittel

II. $2.000 c + 500 v + 500 m = 3.000$ Konsumtionsmittel

In diesem (von Marx so nicht besprochenen) Fall einer erweiterten Reproduktion träfe Elsenhans' These zu: „Eine positive Profitrate ist nur möglich, wenn Geld für

⁶ Während der „Kapitalist“ schon bei Marx eine Abstraktion von den wirklichen Agenten des Kapitals ist (eine „ökonomische Charaktermaske“, vgl. Marx 1890/1986, S.16; verschiedene Interpretationen dieser Passage findet man bei Haug 2013, S. 210 ff.), reduziert Elsenhans die Figur des Kapitalisten weiter auf seine bloße Investitionstätigkeit.

Nettoinvestitionen ausgegeben wurde.“ (S. 32) Nämlich Nettoinvestitionen in Höhe des produzierten Mehrwerts. Das sind dann zusätzliche Produktionsmittel im Wert von 2500 in Abteilung I, die bei einer Mehrwertrate von 100 Prozent einen Bedarf an Konsumtionsmitteln im Wert von 2500 veranlassen; und Nettoinvestitionen im Wert von 500 in der Abteilung II, die zusammen mit dem Ersatz an Produktionsmitteln einen Gesamtbedarf an Produktionsmitteln im Wert von 2500 erzeugen. Damit stehen sich im intersektoralen Austausch 2500 Lebensmittel und 2500 Produktionsmittel gegenüber – die Gleichgewichtsbedingung eines wertgleichen Tausches ist erfüllt und der Kapitalstock wächst in beiden Abteilungen völlig harmonisch um 25 Prozent.⁷

Die Behauptung, dass kapitalistische Unternehmer ihre Produkte nur dann zu höheren Preisen als den Produktionskosten verkaufen können, wenn Nettoinvestitionen getätigt wurden (S. 32), wird nun einsichtig. Die Produktionskosten belaufen sich in Abteilung I auf 12.500 und in Abteilung II auf 2500. Die Unternehmer können ihre Produkte nur dann zu höheren Preisen (nämlich zu 15.000 in Abteilung I und zu 3000 in Abteilung II) verkaufen, wenn sie ihren Profit (in I: 2500, in II: 500) komplett investieren. Dann nämlich bleibt es in I bei der Nachfrage nach Lebensmitteln in Höhe von 2500, die andernfalls bis auf 5000 stiege; und in Abteilung II wird durch die Nettoinvestition die Nachfrage nach Produktionsmitteln von 2000 auf 2500 erhöht.

Das Schema der einfachen Reproduktion kann unter der zusätzlichen Prämisse „nur investierender Kapitalisten“ Elsenhans' These erklären, zeigt aber auch, und zwar ohne diese Prämisse, dass Profit sehr wohl auch ohne Nettoinvestitionen möglich ist, wenn man realistischer Weise unterstellt, dass der Mehrwert nicht nur investiert, sondern auch konsumiert wird. An dieser Stelle greift Elsenhans' verklausulierte definitorische Unterscheidung zwischen Profit und Rente, die man klarer so formulieren kann: Der Teil des Überschusses (des Marx'schen Mehrwertes I (m) + II (m)), der nicht investiert wird, soll *Rente* heißen. Daraus folgt, dass jeglicher Konsum der Kapitalisten auf der so definierten „Rente“ beruht, übrigens auch der vom Staat über die Steuer angeeignete Teil des gesellschaftlich produzierten Mehrprodukts bzw. Mehrwerts. Auf diese Weise wird der Satz wahr gemacht, dass der andere Teil des Mehrwerts – der Profit im Sinne des Autors – zur Nettoinvestition verdammt ist, nämlich per definitionem. Was der klassische Ökonom als Mehrwert und der moderne Ökonom als Profit bezeichnen würde, zerfällt bei Elsenhans mit Blick auf die Verwendungsweise in Profit und Rente.

2.2 Die Funktion der These „Profit setzt Nettoinvestition voraus“

Diese These dient dazu, den zivilisierenden Charakter des Profits im Gegensatz zur Rente zu unterstreichen. Dieser Charakter besteht in der von Haus aus produktiven und produktivitätsfördernden Verwendung des Profits. Davon verschieden wird der andere Teil des Mehrwerts charakterisiert, der durch den Begriff der Rente erfasst wird, wobei der konsumtive Charakter der Rente nicht ganz so zwingend ist wie der produktive Charakter des Profits: „Wegen der Fortdauer von Renten wird die Frage wichtig, *welche politischen Gruppen sich der hier verfügbaren Ressourcen auf verschiedenen Ebenen bemächtigen und inwieweit ihre Strategien geeignet sind, autonome Zivilgesellschaft zu stärken*. Solche Strategien stehen wegen des Charakters von Renten (die Einnahmequelle verschwindet bei Vergeudung nicht) nie unter eindeutigen ökonomischen Zwängen. Die Akteure haben deshalb Alternativen.“ (S. 20) Die Alternativen jenseits einer produktiven Verwendung verringern die Wachstumsrate einer kapitalistisch betriebenen Volkswirtschaft.

⁷ Die theoretische Möglichkeit eines harmonischen Wachstums ist aber auch dann gegeben, wenn man einen konsumierenden Kapitalisten unterstellt (Quaas 1993). Die Idee geht auf Tugan-Baranowski (1901/1969) zurück.

Im Unterschied zur Rente scheint die Verwendung des Profits alternativlos zu sein, wenn es richtig ist, dass er nur aufgrund einer Nettoinvestition entsteht. Doch diese Behauptung beruht allein auf der speziellen Definition des Profits durch Abgrenzung von den unproduktiv verwendeten Teilen des Mehrprodukts. Ein Mehrprodukt entsteht unabhängig von seiner Verwendung, insbesondere auch dann, wenn man konsumierende Unternehmer unterstellt. Diese sind es auch, die das Mehrprodukt zuerst aneignen. In einer Marktwirtschaft sind die Unternehmer so frei, den Überschuss entweder produktiv, konsumtiv, andernorts oder auch gar nicht zu verwenden. Einschränkungen dieser Freiheit ergeben sich lediglich aus politischen oder moralischen Gründen. In allen kapitalistischen Gesellschaften verbleibt trotz unterschiedlicher Ausgestaltung der Herrschaftsform ein Rest an unternehmerischer Freiheit in Bezug auf die Verwendung des angeeigneten Mehrprodukts. Die Existenz unternehmerischer Freiheit in marktwirtschaftlichen Gesellschaften belegt, dass die von Elsenhans unterstellte, zwangsläufig produktive Verwendung des Mehrwerts in den Händen des Unternehmertums nicht zwingend begründet werden kann.

Der Konsum der Klasse der Kapitalisten wird aus konzeptionellen Gründen als „Luxuskonsum“ diffamiert. Die folgende Passage enthält verdeckt das Eingeständnis, dass kapitalistische Entwicklung auch möglich ist, wenn es konsumierende Kapitalisten oder, was für einen bekennenden Keynesianer näher liegen dürfte, einen „konsumierenden“ Staat gibt: „... ohne steigenden Luxuskonsum der Privilegierten [Hervorhebung von mir – G.Q., können] neue Technologien nur dann eingeführt werden, wenn diese [neuen] Produkte Massenkonsumgüter werden... Deshalb lassen sich die Erwartungen von Kapitalisten über zukünftige Absatzmöglichkeiten nur dann erfüllen, wenn die Konsumnachfrage steigt.“ (S. 33) Demnach können neue Technologien auch im Fall „steigenden Luxuskonsums“ eingeführt werden, die erforderliche Nachfrage kann auch von anderen Gruppen als der Klasse der „produktiven Arbeiter“ ausgehen, beispielsweise vom Militär, das ein Interesse daran hat, die modernsten Waffen zur Verfügung zu haben.

2.3 Die Grenzproduktivitätsthese

Ein zweiter ökonomischer Stützpfeiler der hier diskutierten Konzeption ist die „sogenannte Grenzproduktivitätsthese der Lohnbildung“ (S. 35). In aller Kürze formuliert besagt sie, „dass die Unternehmer Arbeit zum jeweiligen Marktpreis [gemeint ist der Lohnsatz – G.Q.] so lange zusätzlich nachfragen, wie das Grenzprodukt höher als der Lohnsatz ist.“ (S. 35) Mit Blick auf die landwirtschaftliche Produktion werden allgemeine Eigenschaften einer Produktionsfunktion formuliert (S. 38), die exemplarisch von der Cobb-Douglas-Produktionsfunktion (CD-Pf) repräsentiert werden. Auf ihre empirische Relevanz ungeprüft vorausgesetzt und auf alle Volkswirtschaften des Planeten Erde übertragen wird damit ein mikroökonomischer Ansatz, bei dem es sich schon vor Jahrzehnten herausgestellt hat, dass er empirisch und makroökonomisch beurteilt nicht sehr realistisch ist (Solow 1956, 1957; Nelson u. Winter 1982). Bedenkt man, dass die Anfänge fast jeden Unternehmens durch rote Zahlen gekennzeichnet sind, während prosperierende Wirtschaftseinheiten, die an internationalen Märkten agieren, sich wachsender Skalenerträge erfreuen, so wird die Weltfremdheit dieser Prämisse klar (Buchanan u. Yoon 2001). Dabei sind in der deutschen Politikwissenschaft alternative Ansätze, zum Beispiel fußend auf Tugan-Baranowsky, durchaus bekannt (Adam 2014, S. 105). Aus empirisch-ökonomischer Sicht handelt es sich bei Elsenhans um eine höchst fragwürdige Verallgemeinerung eines idealtypischen Ansatzes, die weder alternative Produktionsfunktionen noch unterschiedliche Phasen, in denen sich eine Volkswirtschaft aufgrund technologischer und anderer Entwicklungen befinden kann, Beachtung schenkt. Nichtsdestoweniger ist dieses ökonomische Theoriefragment ein

die Produktionsfunktion t am Punkt A. Bei einem geringeren Lohn w_B ist die Tangente flacher und schneidet die Kurve am Punkt B mit einem Beschäftigungsniveau $L_B > L_A$.

2.4 Die Reproduktionskosten der Arbeitskraft

Wenn in der Mikroökonomik der Lohn als gegeben betrachtet wird, so fragt sich der kritische Leser heutzutage nicht mehr, warum es überhaupt Lohnarbeit gibt, sondern wodurch seine Höhe determiniert sein mag. Eine ökonomisch begründete Grenze der Löhne nach unten zu kennt die mikroökonomische Lehrbuchliteratur nicht (Varian 1989, S. 160 ff.; Wiese 2005, S. 127 ff.). Nach Phillips (1958) sind die Lohnzuwächse negativ mit der Arbeitslosigkeit korreliert. Mit der Periode der Stagflation in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde die original Phillips-Kurve hinweggeschwemmt, obwohl sie von Samuelson und Solow (1960) bereits in einem wichtigen Punkt „modifiziert“ worden war: Sie ersetzen die Lohnveränderungen durch die Inflation. In der makroökonomischen Literatur ist eine wesentliche Determinante des Lohnniveaus die Arbeitslosigkeit (Abel; Bernanke 2005, S. 72 ff.). Als Vermittlungsglied zwischen beiden wird in der Regel auf die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen hingewiesen (Blanchard; Illing 2004, S. 188 ff.). Aus gutem Grund weicht Elsenhans in diesem Punkt vom ökonomischen Mainstream ab. In den Entwicklungsländern muss die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer erst hergestellt werden. Die Untergrenze für die Löhne wird durch den klassischen Begriff der Reproduktionskosten definiert – ein Begriff, der dogmengeschichtlich eine lange Tradition hat (Turgot 1981, S. 99; Smith 1991, S. 60; Ricardo 1817, Malthus 1820, S. 240; S. 90 f.; Marx 1890/1986, S. 214 ff., 542 ff.).

„Die Grenzproduktivitätsthese hängt von der Knappheit von Arbeit und damit von einem Niveau technischer Entwicklung ab, bei dem in der geschlossenen Wirtschaft jeder zum Angebot von Arbeit fähige, also ‚gesunde‘ Arbeiter wenigstens so viel produziert, wie er für seine eigene Subsistenz und das Überleben seiner Familie benötigt. Diesen Betrag kann man die Reproduktionskosten von Arbeit nennen. Grundsätzlich wird angenommen, dass alle Arbeitskräfte mehr produzieren, als sie zu ihrem physischen Überleben benötigen.“ (S. 18, Fußnote 28)

Diese Aussage bezieht sich auf die (tatsächlich) Beschäftigten, andernfalls würde es keinen Sinn machen, genauso grundsätzlich anzunehmen, dass die Produktivität weltweit sehr differenziert ist und an vielen Orten nicht ausreicht, um die Reproduktionskosten zu übertreffen. Da letzteres der Fall ist, gibt es das Phänomen der Marginalität und damit auch die entwicklungspolitische Aufgabe, die Produktivität besonders in der Lebensmittelproduktion zu erhöhen (S. 5f.). Die Grenzproduktivitätsthese hängt jedoch keineswegs, wie behauptet, von der Knappheit der Arbeit ab, im Gegenteil, sie spiegelt die strukturelle Ursache für ein in fast allen Ländern herrschendes überschüssiges Arbeitsangebot wider.

2.5 Marginalität

Einkommens- und vermögenslose Menschen jenseits der Beschäftigungsgrenze werden als Marginale definiert: „Marginalität entsteht dort, wo zusätzliche Arbeit mehr verbraucht als sie zusätzlich erbringt und deshalb nicht mehr beschäftigt wird. Der Punkt, welcher produktive und marginale Arbeitskräfte trennt, wird als Marginalitätsschwelle bezeichnet. Alle Arbeitskräfte, deren Grenzertrag noch höher als ihre Reproduktionskosten ...[ist], sind produktiv. Alle Arbeitskräfte, deren zusätzlicher Einsatz zu Grenzerträgen unterhalb der Reproduktionskosten führt, sind marginal. Werden sie freigesetzt, weil ihre Beschäftigung

den Überschuss vermindert, sind sie marginalisiert. Werden sie aufgrund der Behinderung einer Surplusmaximierung betreibenden Strategie der Arbeitgeber noch weiter beschäftigt (vorkapitalistischer Sozialvertrag), sind sie gleichwohl marginal, wenn auch noch nicht marginalisiert.“ (S. 13)

Weder die Frage, ob überhaupt alle in diesem Sinne produktiven Arbeiter beschäftigt werden, noch die, ob die Reproduktionskosten als Untergrenze des Arbeitslohnes irgendeine Bedeutung für die Maximierungsstrategie der Unternehmer hat, interessiert Elsenhans. Eine negative Antwort auf beide Fragen würde nämlich bedeuten, dass die Pflöcke, die seine Theorie in die Mannigfaltigkeit der Möglichkeiten kapitalistischen Wirtschaftens einschlägt, für letzteres ohne Bedeutung sind.

Doch bleiben wir konzeptimmanent! Es gibt demnach Menschen, die nicht nur marginal, sondern auch marginalisiert sind. Wovon leben sie? Die allgemeine Antwort lautet: Von der Rente, die vom Mehrprodukt abgezweigt wird. In der Terminologie der Ökonomik handelt es sich um Profit, der zu den Marginalen umverteilt wird. Setzt man für die Produktionsfunktion t eine Alimentierung in Höhe des Reallohnes w_A an, so zeigt die Abbildung 1, dass die unproduktive Beschäftigung im Ausmaß vom M_A möglich wäre. Das kann von Seiten der Bodeneigentümer auf freiwilliger Basis geschehen, „sofern die den Überschuss kontrollierende Klasse bereit ist, dies aus nichtökonomischen Gründen zu tun...“ (S. 38) Andernfalls aber auch „mit dem Mittel offener Gewalt“ (S. 37), womit vor allem der umverteilende Staat gemeint ist: „Staaten sind die einzigen Akteure, die territorial begrenzt bindende Regeln setzen können, so dass sie bei der Aneignung von Renten überlegen sind.“ (S. 195) Die Funktion des Sozialstaates erscheint demnach als auf Gewalt gestützte Aneignung und Umverteilung des Mehrwertes in seiner Form als produktivitätsmindernde Rente. - Für ein Konzept, das zwischen produktiver und unproduktiver Verwendung des Überschusses unterscheidet, ist nun wichtig, was mit diesem Überschuss geschieht.

2.6 Die polit-ökonomische Funktion der Demokratie

Renten ermöglichen die Existenz der Marginalen. Marginalität ist umgekehrt ein Indiz für die Existenz von Renten. Wenn es Marginale gibt, dann müssen sie von etwas leben, und dies kann (per definitionem) nur Rente sein – da es in diesem Modell keine andere Einkommensarten als Lohn, Profit und Rente gibt. Die Existenz der Marginalen auf der ökonomischen Grundlage von Rente setzt allerdings voraus, dass sie direkt oder indirekt die (politische oder moralische) Macht haben, ihre Subsistenzmittel der den Überschuss kontrollierenden Klasse abzutrotzen, wenn diese nicht freiwillig dazu bereit sind. Hier kommt die Demokratie als ein wesentliches Mittel der Rentenaneignung ins Spiel. Im völligen Gegensatz zu der wesentlichen Funktion der Demokratie, die sich logisch im Rahmen dieser polit-ökonomischen Konzeption ergibt, nämlich den vermögens- und arbeitslosen Massen ein, wenn auch marginalisiertes, Leben zu ermöglichen, behauptet Elsenhans: „Demokratie steht für einen politischen Regimety, der – in seiner vollen Ausprägung – an markt dominierte Ökonomien und an autonome sowie zivilisierte Zivilgesellschaft gebunden ist. Demokratie bedeutet formal-politische Gleichheit aller Staatsbürger und einen politischen Partizipationsgrad, der es erlaubt, eine die Unterschichten insoweit stärkende Umverteilung durchzusetzen, dass diese die Möglichkeit erhalten, in den Marktprozess einzugreifen.“ (S. 10) Konsequenter (wenngleich nicht notwendig richtiger) wäre es, diesen Eingriff der Marginalisierten in den Marktprozess als Aneignung von Rente zu brandmarken und den Staat auf seine unbedingt notwendig erscheinenden Funktionen beschneiden zu wollen – wie dies von konservativer, prokapitalistischer und ebenfalls demokratiefreundlicher Seite vorgetragen wird (Weede 2012).

Warum Demokratie an kapitalistische Marktwirtschaft gebunden sein soll, wird bei anderen Theoretikern (Sohn-Rethel 1989) klar, nicht aber bei Elsenhans. Umverteilung von Rente, zunächst, um den Marginalen das Überleben zu sichern, dann, um sie bei ausreichender Produktivität mit Verhandlungsmacht auszustatten, das ist die polit-ökonomisch wesentliche Funktion der Demokratie im Rahmen dieser gesellschaftstheoretischen Konzeption. Demokratie schafft auf der anderen Seite aber auch eine Arena, um den Kampf um die Kanalisierung der Rente zu führen, und zwar mit dem Ziel, diese nicht in die Mägen der Rentiers und Marginalen, sondern in die Produktivität der Volkswirtschaft zu leiten. „Staaten verbessern die Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen durch Zuweisung von Ressourcen mit Rentencharakter.“ (S. 23) Aus der Sicht des Politikwissenschaftlers ist diese spezielle Kanalisierung jedoch für entwickelte Volkswirtschaften weniger wichtig als für den Rest des Globus. Das Ziel der Entwicklungspolitik soll demnach darin bestehen, Marginalität zu beseitigen: „Im Kern geht es dabei um möglichst rasche Beseitigung von Marginalität mit dem Instrument der Anhebung der Grenzproduktivität von Arbeit, in deren Folge dann unabhängig von der Verhandlungsmacht von Arbeit knappheitsbedingt auch die Reallöhne in rückständigen Gebieten steigen...“ (S. 108)

In Abbildung 1 stellt die Produktionsfunktion $t+1$ das Resultat einer „Anhebung der Grenzproduktivität“ dar. Zunächst verbleibt der Reallohn auf dem alten Niveau – der Zustand C stellt sich ein. Elsenhans nimmt ohne empirischen Beleg an, dass die Nachfrage nach Arbeit im Zuge ständig wachsender Produktivität irgendwann auf eine Knappheitsgrenze stößt, so dass die Löhne steigen werden (S. 35), zum Beispiel bis auf w_D . Verschwiegen wird, dass dies mit einem Rückgang der Beschäftigung auf $L_A = L_D$ verbunden ist. Des Weiteren können auf Grund des wesentlich höheren Profits mehr Marginale alimentiert werden als im Zustand t. Nähert sich das Entwicklungsland den Verlaufsformen einer entwickelten Volkswirtschaft an, so sind die empirisch zu beobachtenden Punkte aufeinander folgender Perioden A und C (Solow 1957), die mit einem konstanten oder nur schwach steigenden Reallohn verbunden sind. Und selbst wenn man langfristig einen steigenden Reallohn unterstellt, könnte er für die Investitionstätigkeit des Kapitals genauso schädlich sein wie der „Luxuskonsum“ des Kapitalisten (Lewis 1954). Doch dieses Problem wird durch einen Zusammenhang Keynesianischer Art überblendet, der unstrittig wichtig ist:

2.7 Massenkonsum als Entwicklungsbedingung des Kapitals

Mit der Erhöhung der Produktivität dehnt sich nach dem Theorem der Grenzproduktivität die Beschäftigungsgrenze aus. Bei konstanten Reproduktionskosten hat dies den Nebeneffekt, die Konsumnachfrage der Arbeitnehmer zu erhöhen. Im Gegensatz zur „Luxuskonsumtion“ der Kapitalisten- und Grundeigentümerklassen ist der Massenkonsum der Arbeitnehmer aus dieser Sicht nicht nur völlig unschädlich für die Entwicklung einer Volkswirtschaft, sondern seine Steigerung sogar unumgängliche Voraussetzung für die Stabilisierung der Investitionstätigkeit der Unternehmer im Zuge einer wachsenden Wirtschaft, ein Zusammenhang, der allerdings in den internationalen Beziehungen bislang nicht sonderlich beachtet worden sei: „Auf Weltebene ist die Forderung, das bürgerliche System kapitalistischer Wirtschaft und autonomer Zivilgesellschaft durch Steigerung von Massenkaufkraft über die Anhebung der Grenzproduktivität von Arbeit in den armen Regionen aufrecht zu erhalten, nicht präsent.“ (S. 97) Warum sollte man etwas fordern, das sich als Konsequenz produktivitätssteigernder Profitmaximierung automatisch einstellt? Im Übrigen bedeutet erhöhter Massenkonsum nicht, dass die Realeinkommen (dies sind Pro-Kopf-Einkommen!) ebenfalls steigen.

Der „globale Keynesianismus“ in der Prägung von Elsenhans hat das ansonsten eher vom Liberalismus gepflegte Ideal des Minimalstaats – ich erinnere an eine Bemerkung am Ende von Punkt 1. Deshalb taucht die Frage auf, wie kapitalistische Strukturen gestärkt werden können, um rentenbasierte Institutionen wie den Staat zurückzudrängen. Die Lösung des Problems liegt in der Kanalisation der Renten in produktivitätsfördernde Maßnahmen. Diese Lösung muss nach Elsenhans erkämpft werden, da die Rente ja beliebig eingesetzt werden kann und ihre primären Aneigner nicht unbedingt daran interessiert sind, die eigene ökonomische Basis in Frage zu stellen. Der welthistorisch entscheidende Kampf spielt sich auf dem Gebiet der Verteilung von Renten ab.

2.8 Komparative und absolute Kostenvorteile

Nach Ricardo (1817, 160 ff.) kann ein Land selbst dann einen vorteilhaften internationalen Handel betreiben, wenn es in allen Branchen eine geringere Produktivität als seine Handelspartner hat, indem es die Produktivitätsunterschiede seiner eigenen Branchen ausnutzt.⁹ Dazu muss es die Produkte der produktivsten Branchen exportieren und die der weniger produktiven importieren. Diese Regel gilt völlig unabhängig vom Wechselkurs, wenn die Importe direkt durch die Exporterlöse finanziert werden. Da eine Vereinigung von Ex- und Importtätigkeit in einer Hand unter den Bedingungen eines arbeitsteiligen internationalen Handels wohl nur selten anzutreffen ist, bezieht Elsenhans in seiner Darstellung des Ricardo-Modells von vornherein den Geldmarkt ein (53 f.), gelangt auf dieser Grundlage aber zu einer in ihrer Allgemeinheit falschen Behauptung, dass nämlich „der Mechanismus, über den das bei beiden Produkten weniger produktive Land wettbewerbsfähig wird, ... die Veränderung des Wechselkurses und damit der internationalen Arbeitskosten ...“ ist. (S. 54) Er unterstellt, dass das Prinzip der komparativen Kostenvorteile nur dann zum Zuge kommen kann, wenn durch Abwertung ein absoluter Kostenvorteil hergestellt wird. Dabei übersieht er nicht nur den Anwendungsbereich des Ricardo-Modells jenseits des Geldmarktes, sondern auch die Tatsache, dass nun ein anderes, einfacheres Modell angewandt wird, nämlich dass der *absoluten* Kostenvorteile. Es besagt, dass diejenigen Güter exportiert werden, deren Produktion im Inland vergleichsweise weniger kostet als im Ausland. Im Hinblick auf die Tatsache, dass verschiedene Branchen im Allgemeinen unterschiedlich produktiv sind, kann man annehmen, dass die Volkswirtschaft mit der generell geringeren Produktivität und bei gleichen Löhnen in allen Branchen einen absoluten Kostenvorteil durch Abwertung am ehesten in den Branchen erzielt, die relativ zu den anderen am produktivsten sind.¹⁰ Aber dies hat mit dem Modell der komparativen Kostenvorteile nichts mehr zu tun, da ja bereits ein absoluter Kostenvorteil besteht. Insofern wäre also Elsenhans' polit-ökonomische These von der Transformation komparativer Kostenvorteile in „absolute Konkurrenzvorteile“ (S. 5), die zu „absoluten Kosten-/Preisdifferenzen“ (S. 47) führen bzw. „niedrige internationale Stückkosten ermöglichen“ (S. 193), und zwar „erst über den Wechselkurs“ (S. 47), d.h. durch Abwertungen, hinsichtlich ihrer theoretischen Grundlage zu berichtigen. Das hat weitere

⁹ Bei der Darstellung des Modells der komparativen Kostenvorteile passiert Elsenhans ein gravierender Lapsus, wenn er schreibt: „Das Gesetz der komparativen Kosten besagt, dass eine Wirtschaft selbst dann ihre Wohlfahrt durch Spezialisierung vergrößert, wenn sie alle Produkte mit geringerem Faktoreinsatz herstellt als die möglichen Handelspartner.“ (S. 53) Je geringer der Faktoreinsatz, umso geringer die Kosten. Ein Land mit geringeren Produktionskosten als seine Handelspartner hat einen absoluten Kostenvorteil. Dagegen wollte Ricardo zeigen, dass sich Handel unter bestimmten Bedingungen auch dann lohnt, wenn die Kosten bei allen Produkten größer sind als bei den Handelspartnern.

¹⁰ Auch Krugman und Obstfeld (2006, S. 74) verwenden stillschweigend das Modell der absoluten Kostenvorteile, um Ricardos Modell auf die Handelsbeziehungen zwischen zwei Ländern mit $n > 2$ Gütern auszudehnen. Da das Modell von Adam Smith selten explizit mathematisch formuliert wird und darüber hinaus die für Ricardo wichtigen Produktivitätsunterschiede zwischen den Branchen ebenfalls eine – wenn auch sekundäre – Rolle spielen, fällt es kaum auf, wenn Smith' Erkenntnisse Ricardo unterstellt werden.

Konsequenzen. Zu Unrecht weist Elsenhans den „fatalen Irrtum des Arguments“ zurück, „man könne mit Hilfe von Lohnzurückhaltung internationale Wettbewerbsfähigkeit“ herstellen (S. 53), wobei er so weit geht, zu behaupten, dass die internationalen Arbeitskosten überhaupt nicht von den nationalen Lohnbewegungen abhängen: „Mit Lohnzurückhaltung lässt sich also nur die Aufteilung des Volkseinkommens auf Überschuss [gemeint sind die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – G.Q.] und Lohn [gemeint sind die Arbeitsentgelte – G.Q.] beeinflussen, nicht aber die internationale Wettbewerbsfähigkeit.“ (S. 54) Doch diese Kritik ist unbegründet, so wünschenswert sie auch für die Vertreter von Arbeitnehmerinteressen wäre. Die internationalen Arbeitskosten ergeben sich einfach aus den nationalen Arbeitskosten multipliziert mit dem Wechselkurs der Währung des Landes, mit dessen Arbeitskosten sie verglichen werden sollen. Zwar ist es richtig, dass eine Lohnzurückhaltung durch schleichende Aufwertung der nationalen Währung konterkariert wird, aber daraus lässt sich keineswegs die Konsequenz ableiten, dass die internationalen Arbeitskosten und damit die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Ländern durch die nationalen Löhne nicht beeinflusst werden können.

Zutreffender wird die Abwertungs-Strategie nachholender Volkswirtschaften in folgender Passage beschrieben: „Durch eine Abwertung wird die lokale Arbeit in internationalen Preisen billiger, sofern das Lohngüterangebot aus lokaler Produktion elastisch ist. Durch Abwertung steigen die Beschäftigung und damit die Lohnsumme. Löhne werden überwiegend für den Kauf von Nahrungsmitteln und einfachen gewerblichen Gütern ausgegeben, was wiederum zu höherer Nahrungsmittelnachfrage führt. Die zusätzliche Nahrungsmittelnachfrage kann aus heimischer Produktion nur befriedigt werden, wenn es den zusätzlich beschäftigten Exportarbeitern aufgrund der an sie gezahlten Löhne möglich wird, Nahrungsmittel aus dem Überschuss der Landwirtschaft zu kaufen, den die Herrenklasse sich bislang aneignete.“ (S. 111) Auf diese Weise könnte eine über Abwertung ermöglichte Exportstrategie das Wachstum des Binnenhandels und der gering entwickelten Branchen anregen. Komparative Kostenvorteile werden hierbei jedoch nicht ausgenutzt. Allein entscheidend ist die durch Abwertung bewirkte Senkung der internationalen Produktionskosten in den produktivsten Zweigen auf eine Höhe, die ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt – zumindest für eine Weile – sicherstellt. Das ist die Konzeption der absoluten Kostenvorteile von *Adam Smith*, die darüber hinaus aber noch die These von den *wachsenden Skalenerträgen* bei Spezialisierung und arbeitsteiliger Massenproduktion für den Weltmarkt umfasst (Smith 1991, S. 15 ff.), die nicht so recht zur *CD-Produktionsfunktion* und zur Forderung nach Stärkung des Massenkonsums im Inland passen will.

2.9 Dutch disease

„Dutch disease bedeutet, dass ein Einzelsektor über seine übermäßig hohe Produktivität eine Höhe des Wechselkurses erzwingt, so dass andere im Verhältnis zu Konkurrenten in anderen Ländern durchaus hochproduktive Sektoren ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren.“ (S. 16) Die hochproduktiven Wirtschaftszweige haben entweder einen relativen oder sogar einen absoluten Kostenvorteil nicht nur vor den weniger produktiven Zweigen des eigenen Landes, sondern vor den meisten Branchen aller anderen Länder. Insofern ist ihre Produktion allein durch die weltweite zahlungsfähige Nachfrage nach ihren Produkten beschränkt. Sollten sie einen bedeutenden Teil des Exportes bestreiten, entsteht die von Elsenhans beschriebene Situation unter der Bedingung eines flexiblen Wechselkurses: Die heimische Währung wertet international auf, so dass sich die Wettbewerbssituation aller anderen inländischen Branchen verschlechtert. Dies bedeutet für die weniger produktiven Exporteure (nicht für die auf den Binnenmarkt orientierten Industrien) das Aus. Dieser Effekt kommt zwar auch dann zustande, wenn lediglich komparative Kostenvorteile ausgenutzt werden, kann aber einfacher mit Hilfe

des Modells der absoluten Kostenvorteile erklärt werden, da letztere sowohl über Produktivitätsunterschiede als auch über den Wechselkurs hergestellt werden.¹¹ In beiden Fällen betrachtet es die ökonomische Theorie – im Unterschied zu Elsenhans – insgesamt und in längerer Frist als Vorteil, wenn die weniger produktiven Branchen aus dem Markt gedrängt und durch billigere Importe ersetzt werden (Krugman; Obstfeld 2006, S. 53 ff.).

Das spezifische Kennzeichen von Dutch disease im Sinne von Elsenhans als eine „Krankheit“ von Volkswirtschaften besteht nun aber darin, dass eine Spezialisierung auf *rückständige* Produkte und Technologien erfolgt. Dabei bleibt offen, inwiefern ein Produkt, das weltweit einen Absatz findet und mit sehr hoher Produktivität hergestellt wird, überhaupt als „rückständig“ (S. 55) qualifiziert werden kann. Das wäre nur dann der Fall, wenn ein anderes Produkt bereitstünde, das einen zunehmenden Marktanteil erobert und dabei das bislang erfolgreiche Produkt verdrängt. Das ist aber wohl das Schicksal aller Erzeugnisse einer sich dynamisch entwickelnden Weltwirtschaft und sollte nicht als „Krankheit“ charakterisiert werden. Zu den Konsequenzen der nicht ganz verstandenen Prinzipien der komparativen/absoluten Kostenvorteile gehört die Meinung, man könne diese „Krankheit“ abmildern oder gar vermeiden, „wenn die Vorsprünge bei den neueren Produkten wenigstens so groß sind als die Produktivitätsvorsprünge bei den älteren Produkten...“ (S. 58), ohne zu bemerken, dass dann die Branchen mit den neueren Produkten die mit den älteren aus dem Markt drängen werden: An der Notwendigkeit einer Umstrukturierung geht kein Weg vorbei.

2.10 Entmannter Keynesianismus

“Global Keynesianism rejects a pure supply-side view, emphasizing the interactivity of supply and demand, instead.” (Köhler 1999) Die Profit reduzierende Rolle eines wachsenden Reallohnes verschwindet hinter seinem Nachfrageeffekt, der mindestens so wichtig ist wie niedrige Zinsen, um die Unternehmer zu veranlassen, ihre Profite zu investieren: Nettoinvestitionen, oft verbunden mit neuen Technologien, erhöhen die Produktivität und dienen der Erweiterung der Produktion, die, wenn auf den Weltmarkt geworfen, ein wachsendes Angebot darstellt, das nur dann verkauft werden kann, wenn es auf eine entsprechend hohe zahlungsfähige Nachfrage trifft. Seit Luxemburg (1913/1981) treibt die Theoretiker die Frage um, was mit dem kapitalistisch produzierten Mehrprodukt geschieht. In modernem Gewand erscheint diese Fragestellung als globale Unterkonsumtionstheorie (relative Überproduktion, gemessen an der zahlungsfähigen Nachfrage, und absolute Unterproduktion, gemessen am Subsistenzlevel aller). Negiert man den Luxuskonsum der Vermögenden, so muss Wachstum mit steigendem Massenkonsum, aber nicht notwendig mit steigenden Reallöhnen, verbunden sein. Wenn steigende Reallöhne nicht durch Renten gestützt werden sollen, ist eine Produktivitätssteigerung in der landwirtschaftlichen Produktion erforderlich, die – marktwirtschaftlich konform – höhere Löhne ermöglicht, aber nicht zwingend nach sich zieht. Höhere Löhne in der Landwirtschaft erzeugen durch Spillover-Effekte dann auch höhere Löhne in anderen Bereichen, die die Absatzerwartungen der Investoren stabilisieren. Die Kluft zwischen globalem Angebot und globaler Nachfrage wird hier durch einen Marktmechanismus geschlossen und nicht – wie bei Keynes – durch Staatsintervention, auch wenn letztere zumindest indirekt notwendig ist, um diesen

¹¹ Elsenhans' Darstellung der „komparativen Kosten“ als Determinante für die „Spezialisierung auf Rückständigkeit“ (S. 55-60) operiert de facto ständig im Rahmen des Modells der absoluten Kostenvorteile, das trotz seines Namens ein relatives Moment enthält, insofern auch in ihm die Kosten von Branchen und Ländern verglichen werden. Während im Modell der komparativen Kostenvorteile ein vierstelliger Vergleich erforderlich ist, um die für den Handel vorteilhaften Güter herauszufinden, genügt im Modell der absoluten Kostenvorteile ein zweistelliger Vergleich. Das schließt nicht aus, auch im Rahmen dieses Modells mehrstellige Vergleiche anzustellen.

Marktprozess in Gang zu setzen, beispielsweise durch die produktivitätswirksame Kanalisierung der Rente in die landwirtschaftliche Produktion der Entwicklungsländer oder durch andere, skurrile Methoden: Die „Bezahlung von arbeitsintensiven Tätigkeiten, z.B. des Aufsammelns unverwechselbar gekennzeichnete Steine in entlegenen Gebieten unter Einsatz zwangsläufig arbeitsintensiver Verfahren, könnte Vollbeschäftigung erlauben, wenn die Agenturen der Entwicklungshilfe diese Steine zu einem angemessenen Preis aufkauften und gegebenenfalls wieder über den entlegenen Gebieten abwürfen.“ (S. 122)

3 Zusammenfassung

Trotz seines überwiegend empirisch gestützten, umfassenden politikwissenschaftlichen Werkes weisen die meisten hier diskutierten ökonomischen Thesen einen nicht-empirischen, rein analytischen Charakter auf. Es werden Schlüsse gezogen, die folgende allgemeine Form haben: Wenn „x“ wahr ist, dann ist x der Fall. Dabei bleibt empirisch ungeprüft, ob und in welchem Maße „x“ als wahr angenommen werden kann. Das wird besonders deutlich bei der Unterscheidung zwischen Profit und Rente. Im Unterschied zur klassischen und neoklassischen Tradition wird der Begriff „Profit“ so definiert, dass Profit nur dann vorliegt, wenn der entsprechende Teil des Mehrprodukts als Nettoinvestition verwendet oder, wie ein Teil der Lebensmittel im Schema II, in einen Zusammenhang eingespeist wird, bei dem die Wachstumsrate größer als Null ist. Durch diesen Trick ist analytisch sichergestellt, dass Profit nur anfällt, wenn die Investitionen über den Ersatz hinausgehen. Ob und in welchem Maße das empirisch der Fall ist, bleibt völlig offen. Das darüber hinaus anfallende Mehrprodukt, das von Ökonomen ebenfalls als Profit bezeichnet wird, weil es in die gleiche Hände gelangt, gilt bei Elsenhans als *Rente*. Da für diesen Teil dann alle anderen Verwendungsmöglichkeiten in Frage kommen, muss auf ihren produktivitätsfördernden Einsatz hingewirkt werden. Das gleiche Schema wiederholt sich bei den anderen ökonomischen Theoriefragmenten. Aufgrund der unterstellten Produktionsfunktion ist es analytisch wahr, dass bei höherer Produktivität, gleichem Lohn und Streben nach Maximalprofit mehr *Beschäftigung* der Fall ist. Die höhere Nachfrage nach Arbeit *kann* dann zu höheren *Reallöhnen* führen, muss es aber nicht. Ich spreche von *Theoriefragmenten*, weil andere Konsequenzen nicht hervorgehoben werden. Sollten beispielsweise die Reallöhne tatsächlich steigen, so folgt aus der CD-Produktionsfunktion, dass die Beschäftigung fällt. Potenzielle Widersprüche gibt es aber auch an anderer Stelle. Die *Demokratie* wird – wie ich finde: konzeptionsfremd – an die Marktwirtschaft gebunden, obwohl doch klar ist, dass sie nur auf Grundlage von Renten existieren kann. Sie wird aber als Instrument für die Kanalisierung der Renten gebraucht. Der von Elsenhans favorisierte *Massenkonsum* entsteht jedenfalls nicht durch staatliche Umverteilung auf Grund demokratischer Entscheidungen, sondern als Nebeneffekt wachsender Produktion und/oder Erhöhung der Reallöhne. Dass *Massenkonsum* die Investitionsbereitschaft der Unternehmer stützt, dürfte zwar empirisch unstrittig sein, aber als Anreiz für Nettoinvestitionen nicht ausreichen, die einen *wachsenden* Massenkonsum voraussetzen. Die Möglichkeit einer vorteilhaften Teilnahme der Entwicklungsländer am internationalen Handel durch Ausnutzen *komparativer Kostenvorteile* ergibt sich analytisch aus dem Ricardo-Modell; in der Realität stehen dem zahlreiche Handelsbarrieren entgegen. Die Verwandlung komparativer Kostenvorteile in absolute durch Manipulation des Wechselkurses ist – wie das Beispiel China-USA zeigt – politisch nur in sehr engen Grenzen realisierbar. Die Warnung an die entwickelten Länder, nicht in die Falle einer „Dutch disease“ zu laufen, widerspricht der Notwendigkeit von Arbeitsteilung und Spezialisierung, die sich sowohl aus dem Ricardo- als auch dem Smith-Modell ergibt. Dem Kampf um die Kanalisierung der Rente in eine produktivitätssteigernde Verwendung schwebt das Ideal eines nur investierenden, aber nicht konsumierenden Unternehmers vor, der realiter nur als Funktion eines Akteurs existieren kann, der eine andere soziale Verankerung hat: im

Zweiklassenmodell kann dies nur ein Arbeitnehmer sein. Damit wird klar: Diese Entwicklungskonzeption ist der theoretisch verfremdeten Ausdruck für eine Enteignung der Kapital- und Bodeneigentümer unter dem Deckmantel einer verklärten Marktphilosophie.

Verweise

- Abel, Andrew B. und Bernanke, Ben S.
2005. *Macroeconomics*. 5. Ed. Boston etc. : Pearson.
- Adam, Hermann.
2014. Die politische Ökonomie wachsender Ungleichverteilung der Einkommen. *Wirtschaftsdienst*. 94. Jg. S.104-111.
- Blanchard, Olivier und Illing, Gerhard.
2004. *Makroökonomie*. 3. Auflage. München: Pearson.
- Brandt Commission.
1980. North-South: A programme for survival. Report of the Independent Commission on International Development Issues. Cambridge, USA: MIT Press.
- Buchanan, James M. und Yoon, Yong J.
2001. *The Return to Increasing Returns*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Elsenhans, Hartmut.
2001. *Das Internationale System zwischen Zivilgesellschaft und Rente*. Münster: LIT Verlag.
- Haug, Wolfgang Fritz.
2013. Das ‚Kapital‘ lesen. Aber wie? Materialien. Hamburg: Argument-Verlag.
- Köhler, Gernot.
1999. Global Keynesianism and Beyond. *Journal of World Systems Research*. Vol. V, 2. S. 253-274.
- Krugman, Paul R. und Obstfeld, Maurice.
2006. *Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft*. München: Pearson.
- Lewis, W. Arthur.
1954. *Economic Development with Unlimited Supplies of Labour*. Manchester School.
- Luxemburg, Rosa.
1913/1981. Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In *Gesammelte Werke*. Bd. 5. Berlin: Dietz Verlag.
- Malthus, Thomas Robert.
1820. *Principles of Political Economy. Considered with a view to their practical application*. London: John Murray.
- Marx, Karl.
1890/1986. *Das Kapital. Erster Band*. Berlin: Dietz-Verlag.
- Marx, Karl.
1893/1975. Das Kapital. Bd. 2. In *Marx-Engels-Werke*. Bd. 24. Berlin: Dietz-Verlag.
- Nelson, Richard R. und Winter, Sidney G.
1982. *An Evolutionary Theory of Economic Change*. Cambridge (Massachusetts) and London (England): The Belknap Press of Harvard University Press.
- Phillips, A. W.
1958. The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861-1957. *Economica* 25. S. 283-299.
- Quaas, Georg.
1993. Massenkonsum oder Unterentwicklung in der "Dritten Welt"?
Randbemerkungen zu den polit-ökonomischen Thesen von Hartmut Elsenhans. *COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung*. 3. Jg. Heft 3. S.106-121.
- Quaas, Georg.
2002. Der Staat - das kleinere Übel. *Erwägen Wissen Ethik*. Jg.13. Heft 3. S. 405-408.

- Quaas, Georg.
2005. Wertrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. *Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft*. Hrsg. Horst Müller. Norderstedt: Books on Demand GmbH. S. 207-228.
- Ricardo, David.
1817. *On the Principles of Political Economy and Taxation*. London: John Murray.
- Samuelson, Paul A. und Solow, Robert M.
1960. Analytical Aspects of Anti-Inflation Policy. *American Economic Review* 50, S. 177-194.
- Smith, Adam.
1991. *The Wealth of Nations*. New York, Toronto: Random House.
- Sohn-Rethel, Alfred.
1989. *Geistige und körperliche Arbeit. Zur Epistemologie der abendländischen Geschichte*. Weinheim: VCH, Acta Humaniora.
- Solow, Robert M.
1956. A Contribution to the Theory of Economic Growth. *The Quarterly Journal of Economics*. Vol. 70. No. 1. S. 65-94.
- Solow, Robert M.
1957. Technical Change and the Aggregate Production Function. *The Review of Economics and Statistics*. Vol. 39. No. 3. S. 312-320.
- Tugan-Baranowsky, Michail Iwanowitsch v.
1901/1969. *Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England*. Jena/Aalen: Scientia Verlag.
- Turgot, Anne Robert Jacques.
1981. *Betrachtungen über die Bildung und Verteilung der Reichtümer*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Varian, Hal R.
1989. *Grundzüge der Mikroökonomik*. München: Oldenbourg.
- Weede, Erich.
2012. Staatliche Währungssysteme zwischen Reformnotwendigkeit und Reformunfähigkeit. *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 132, Heft 2.
- Wiese, Harald.
2005. *Mikroökonomik*. 4. Auflage. München: Springer.